

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 75

27. August

1915

Bekanntmachung

über die Ausdehnung der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) auf weitere Futtermittel. Vom 19. August 1915.

Auf Grund des § 15 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) bestimme ich:

Den im § 1 der Verordnung genannten Gegenständen treten hinzu

Kartoffelpülpe, naß, Viertreiber, naß,
Kartoffelpülpe, gesäuert, Getreidereiber, naß.

Berlin, den 19. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Bekanntmachung

über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel. Vom 19. August 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund der §§ 5 und 6 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) folgende Bestimmungen getroffen:

§ 1. Der Preis, den die Bezugsvereinigung für die ihr zu überlassenden Futtermittel und Hilfsstoffe zahlt (§ 6 Abs. 1 der Verordnung vom 28. Juni 1915), darf den in der nachfolgenden Uebersicht aufgeführten Betrag nicht übersteigen.

A. Fürnerfutter. Preis für 1 Tonne (1000 Kilogramm):

1. Mais 260 Mark, Johannisbrot 300 Mark (geschrotet oder gemahlen 10 Mark teurer), 3. Aderbohnen 350 Mark, 4. Sojabohnen 400 Mark, 5. Lupinen 250 Mark, 6. Widren 350 Mark, 7. Gemenge von Hülsenfrüchten (ohne Getreide) 350 Mark.

B. Abfälle der Mälerei:

8. Erdnusschalen 48 Mark, 8a. Erdnussklee (ohne Schalen) 100 Mark, 9. Saferpelzen (Saferhälsen und Saferchalen) 50 Mk., 10. Stacheln 48 Mark, 11. Reisfelle und -pelzen 48 Mark, 12. Saferfelle 130 Mark, 13. Reiskleie 200 Mark (18 vom Hundert Mindestgehalt Protein und Fett), 14. Saferfutterschlacke 260 Mark, 15. Erbsenschalen 130 Mark, 15a. Erbsenfelle 260 Mk., 16. Graupenfutter 130 Mark, 17. Gerstenschalen 130 Mark, 18. Maisabfälle (Domco, Domini, Maizena usw.) 240 Mark.

C. Abfälle der Stärkefabrikation und der Gärungsgewerbe:

19. Kartoffelpülpe, getrocknet 120 Mark, 19a. Kartoffelpülpe, naß 7 Mark, 19b. Kartoffelpülpe, gesäuert 10 Mark, 20. Getreidereiber, getrocknet 165 Mark, 21. Roggenschlempe, getrocknet 242 Mark, 22. Viertreiber, getrocknet 220 Mark, 22a. Viertreiber, naß 40 Mark, 23. Maiskeime 200 Mark, 24. Maischlempe, getrocknet 264 Mark, 25. Heie, getrocknet (als Viehfutter) 350 Mark.

D. Delfuchen:

26. Mäusenfuchen 200 Mark, 27. Federfuchen 200 Mark, 28. Mäusenfuchen 240 Mark, 29. Leinötfuchen 240 Mark, 30. Mäusenfuchen 240 Mark, 31. Sanftfuchen 210 Mark, 32. Nigertuchen 260 Mark, 33. Sonnenblumenfuchen 280 Mark, 34. Mohnfuchen 240 Mark, 35. Palmernfuchen 250 Mark, 36. Sesamfuchen 260 Mark, 37. Sesamfuchen, in Deutschland geschlagen, 260 Mark, 38. Sojabohnenfuchen 260 Mark, 39. Leinfuchen 300 Mark, 40. Kohnfuchen 270 Mark, 41. Maisfuchen 240 Mark, 42. Maiskeimfuchen 270 Mark, 43. Baumwollsaatfuchen 220 Mk., 44. Erdnussfuchen 300 Mark (38 vom Hundert Mindestgehalt Protein und Fett), 45. Mehle aus Delfuchen 10 Mark Aufschlag für die Mahlkosten.

E. Delfmehle (durch Extraktion gewonnen):

46. Palmkernmehl und -schrot 230 Mark, 47. Raps- und Rübsenmehl 220 Mark, 48. Leinmehl und -schrot 270 Mark, 49. Kohnmehl und -schrot 240 Mark, 50. Sojamehl und -schrot 220 Mark.

F. Tierische Produkte und Abfälle:

51. Tierkörpermehl, Kadavermehl 180 Mark, 52. Heringsmehl 200 Mark (50 vom Hundert Mindestgehalt Protein und Fett), 53. Walfischmehl 180 Mark, 54. Fischfutterschlacke, Dorschmehl, fettreich 240 Mark, 55. Fischfutterschlacke, Dorschmehl, fettarm 260 Mark, 56. Fleischfuchen 240 Mark, 57. Fleischfuchen, gemahlen 300 Mark, 58. Blutmehl 300 Mark, 59. Fettgrieben 330 Mark, 60. Fleischfutterschlacke 330 Mark.

G. Hilfsstoffe:

61. Torfstreu bis 1. Oktober 1915 20 Mark, vom 1. Oktober 1915 bis 1. Juli 1916 22 Mark (Die Preise gelten für Torfstreu, von welcher 10 000 Kilogramm mindestens 32 Kubikmeter Raummaß ausmachen. Für je volle 5 Kubikmeter mehr erfolgt ein Zuschlag von 1,50 Mark für die Tonne.), 62. Torfmüll bis 1. Juli 1916 27 Mark, 63. Kohlsaurer Futterfall (Schlammfreie) 30 Mark, 64. Phosphorsaurer Futterfall mit 38 bis 42 vom Hundert löslicher Phosphorsäure 230 Mark.

Bei Torfstreu und Torfmüll, die nachweislich aus den oberbayerischen und den im württembergischen Donaufreis gelegenen

Torfstreu- und Torfmüllfabriken stammen, gilt an Stelle der in Ziffer 61 und 62 festgesetzten Höchstpreise als einheitlicher Höchstpreis der Betrag von 30 Mark für eine Tonne.

§ 2. Die Preise gelten für gesunde Ware von mindestens mittlerer Art und Güte frei Eisenbahnwagen oder Schiff der Verladestation für eine Tonne (1000 Kilogramm) Bruttogewicht, einseitig, ob die Ware unter Ueberlassung der Säde an den Empfänger oder in den vom Eigentümer geliehenen Säden geliefert wird.

§ 3. Die Vergütung für Aufbewahrung, obliegende Behandlung und Versicherung der Ware (§ 5 der Verordnung) beträgt für jeden angefangenen Monat und jede angefangene Tonne 60 Pfg. Berlin, den 19. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Kakaochalen. Vom 19. August 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Es ist verboten, gepulverte Kakaochalen oder Erzeugnisse, die mit gepulverten Kakaochalen vermischt sind,

1. zu verkaufen, feilzuhalten oder sonst in Verkehr zu bringen, 2. aus dem Ausland einzuführen.

§ 2. Das Verbot des § 1 erstreckt sich nicht auf Kakaochalentheile, die in den aus Kakaochalen bereiteten Erzeugnissen bei Anwendung der gebräuchlichen technischen Herstellungsverfahren als unvermeidbare Bestandteile zurückgeblieben sind.

§ 3. Das Verbot des § 1 Nr. 1 erstreckt sich nicht auf Gegenstände der im § 1 bezeichneten Art, die nach den Vorschriften des Reichskanzlers zum Genuß für Menschen unbrauchbar gemacht worden sind.

§ 4. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich

1. dem Verbote des § 1 zuwiderhandelt,

2. Gegenstände, die gemäß § 5 zum Genuß für Menschen unbrauchbar gemacht worden sind, als Nahrungs- oder Genußmittel für Menschen verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt.

§ 5. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer eine der im § 4 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begeht.

§ 6. Neben der Strafe (§§ 4, 5) ist auf Einziehung der Gegenstände zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, die §§ 4, 5, 6 treten mit dem 25. August 1915 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 19. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Bekanntmachung

einer Aenderung der Verordnung vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915.

Vom 19. August 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I.

In der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) werden folgende Veränderungen vorgenommen:

1. Im § 2 wird hinter der Ziffer 6 eingefügt „a und b“.

2. Im § 6c wird der letzte Satz gestrichen.

3. Im § 7 wird hinter der Ziffer 6 eingefügt „a und b“.

4. Im § 19 wird dem Absatz 1 als Schluß hinzugefügt: „und in diesem letzteren Falle der empfangende Kommunalverband der Abrechnung auf seinen Bedarfsanteil (§ 14 Abs. 1e) oder auf die festgesetzten Mengen (§ 14 Abs. 1f) zugestimmt hat“.

5. Im § 20 Absatz 2 wird Satz 2 gestrichen.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in

Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 19. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung.

Berlin, 21. August. (M.B.) Das Direktorium der Verwaltung des Reichsgetreidestellens hat mit Zustimmung des Kuratoriums auf Grund von § 14. der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) am 19. August 1915 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Zur Herstellung von Mehl ist Brotgetreide mindestens bis zu 75 vom Hundert auszumahlen.
2. Die Mehlmenge, die täglich auf den Kopf der Zivilbevölkerung verbraucht werden darf, wird einschließlich der Zulage für die schwer arbeitende Bevölkerung auf 225 Gramm festgesetzt; die Befugnis des Kommunalverbandes, bei der Unterverteilung dieser Mehlmenge Unterschiede zugunsten der schwer arbeitenden Bevölkerung zu machen, wird hierdurch nicht berührt.

3. Die Menge, die ein Selbstversorger verwenden darf, wird auf den Kopf und Monat mit 10 Kilogramm Brotgetreide festgesetzt. Dabei entsprechen einem Kilogramm Brotgetreide 750 Gramm Mehl.

Die Beschlüsse treten mit dem 1. September, der Beschluß zu 2 mit dem 15. September 1915 in Kraft.

Berlin, den 21. August 1915.

Der Vorsitzende
des Direktoriums der Reichsgetreidestelle.

Bekanntmachung

über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege.

Vom 22. Juli 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) nachstehende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer zugunsten von Kriegswohlfahrtswegen eine öffentliche Sammlung, eine öffentliche Unterhaltung oder Belehrung oder einen öffentlichen Vertrieb von Gegenständen veranstalten will, bedarf zur Veranstaltung der Erlaubnis der Landeszentralbehörde des Bundesstaats, in dessen Gebiete die Veranstaltung stattfinden soll; die Landeszentralbehörde kann diese Befugnis auf andere Stellen übertragen. Bevor die Erlaubnis erteilt ist, darf die Veranstaltung nicht öffentlich angekündigt werden.

Die Erlaubnis gilt nur innerhalb des Bundesstaats, für den sie erteilt ist; für Ankündigungen in Zeitungen oder Zeitschriften genügt es, wenn die Veranstaltung von der zuständigen Stelle des Ortes erlaubt ist, an dem die Zeitung oder Zeitschrift erscheint.

§ 2. Vorstehende Vorschriften finden keine Anwendung auf Veranstaltungen zur Unterhaltung und Belehrung, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits öffentlich angekündigt sind und innerhalb vier Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung stattfinden.

Für bereits begonnene Sammlungen und Vertriebe ist die Erlaubnis binnen vier Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung beizubringen, widrigenfalls sie eingestellt werden müssen.

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft:

1. wer ohne die erforderliche Erlaubnis eine Unternehmung der im § 1 bezeichneten Art veranstaltet;
2. wer als Angestellter oder Beauftragter an einer nicht erlaubten Veranstaltung der im § 1 bezeichneten Art mitwirkt;
3. wer als Veranstalter oder als Angestellter oder Beauftragter die erweirte Erlaubnis überschreitet oder den in der Erlaubnis festgesetzten Bedingungen zuwiderhandelt;
4. wer eine Veranstaltung der im § 1 bezeichneten Art öffentlich ankündigt, bevor die erforderliche Erlaubnis erteilt ist.

Der Ertrag aus nicht erlaubten Veranstaltungen (§ 1) kann ganz oder teilweise für dem Staat versallen erklärt werden; der für versallen erklärte Betrag ist nach den Bestimmungen der Landeszentralbehörde für Kriegswohlfahrtswegen zu verwenden.

§ 4. Wird eine der im § 3 mit Strafe bedrohten Handlungen durch die Presse begangen, so können die im § 21 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) bezeichneten Personen nur verantwortlich gemacht werden, wenn sie selbst Veranstalter sind.

§ 5. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 6. Die Verordnung tritt am 1. August 1915 in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Berlin, den 22. Juli 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Auszug aus den Ausführungsbestimmungen zu der Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 (M.-G.-Bl. S. 449) betr. Regelung der Kriegswohlfahrtspflege.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 22. Juli 1915 wird für den Umfang des Großherzogtums folgendes bestimmt:

§ 1. Zur Erteilung der Erlaubnis ist zuständig:

I. für öffentliche Sammlungen und den Vertrieb von Gegenständen das Ministerium des Innern;

II. für Veranstaltungen zur Unterhaltung und Belehrung

a) sofern sie auf ein und denselben Ort beschränkt bleiben, oder an verschiedenen Orten erfolgen sollen (Wander-Vorführungen), aber auf einen Kreis beschränkt bleiben, das Kreisamt, in dessen Kreis die Veranstaltung stattfindend soll;

b) sofern Wander-Vorführungen über die unter a) bezeichneten Bezirke hinaus ausgedehnt werden sollen, das Ministerium des Innern.

Sammlungen innerhalb eines Personenkreises, dessen Mitglieder ausschließlich einer Reichs-Verwaltung angehören, bedürfen lediglich der Erlaubnis des betreffenden Ressort-Vorgesetzten.

Für Kirchenkollekten sowie für sonstige Unternehmungen der im § 1 der Bundesrats-Verordnung vom 22. Juli 1915 bezeichneten Art, die von einem Geistlichen in seiner Kirchengemeinde und lediglich für deren Zwecke veranstaltet werden, bedarf es hinsichtlich der Erlaubniserteilung bei den geltenden Bestimmungen.

§ 2. Die Anträge auf die Erteilung der Erlaubnis sind schriftlich einzureichen und von dem Unternehmer zu unterschreiben. Die Erlaubniserteilung hat ebenfalls schriftlich zu erfolgen.

Die Anträge sind bei dem für den Wohnsitz des Antragstellers oder für den Sitz des veranstaltenden Vereins usw. zuständigen Kreisamt einzureichen.

§ 3. Dem Antrage sind die zur Beurteilung des Unternehmens erforderlichen Unterlagen beizufügen. Hierzu gehören:

1. Plan des Unternehmens,
2. Form der Ankündigung,
3. genaue Bezeichnung des in Betracht kommenden Kriegswohlfahrtsweges,
4. Angabe, in welcher Weise die aufkommenden Mittel für diesen Zweck Verwendung finden sollen,
5. genaue Bezeichnung der Stelle, die über diese Verwendung zu bestimmen hat, nach Name und Sitz,
6. Angabe, welcher Betrag oder Anteil dem Wohlfahrtsweg zugeführt werden soll, bei Sammlungen usw., die für mehrere Kriegswohlfahrtswegen gemeinschaftlich veranstaltet werden, Angabe desjenigen Teils des Gesamtertrages, der jedem einzelnen Zweck zugute kommen soll,
7. Vorschlag über die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben,
8. Angabe der Art und Weise der Sammlung oder des Vertriebes oder der Veranstaltung,
9. Angabe des Zeitabschnittes und des Ortes oder Bezirks, in dem die Sammlung oder der Vertrieb stattfinden soll,
10. Angabe, in welcher Form die Abrechnung und Abführung der Beträge erfolgen und kontrolliert werden soll,
11. Angabe der Anzahl der Druckschriften, Postkarten, Bilder, Marken und sonstiger Gegenstände, sowie der Eintrittskarten, deren Vertrieb beabsichtigt ist,
12. etwaige Verträge.

In geeigneten Fällen kann auf die Beibringung einzelner Unterlagen verzichtet werden.

Darmstadt, den 27. Juli 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Salomon.

Betr.: Sicherung der Ernte; hier: Urlaub zu Erntearbeiten.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Nach zahlreichen, beim Königl. Preuß. Kriegsministerium zur Kenntnis gelangten Klagen erachtet die schnelle und vollständige Einbringung der Ernte vor allem bei kleinen Besitzern nicht überall völlig gesichert. Dies wird vorwiegend darauf zurückgeführt, daß angeblich Anträge auf Beurlaubung der im Felde stehenden Besitzer kleiner Wirtschaften, die eine ausreichende Vertretung durch Verwandte oder bezahlte Anestellte für das Einbringen ihrer

Ernte nicht finden können, vielfach gar nicht, zu spät oder abschlägig beschieden werden. Der Grund dieser Erscheinung ist nicht immer nur dienstliche Unabkömmlichkeit, sondern oft lediglich der Umstand, daß die Gesuche verspätet, an falscher Stelle oder ohne eine Bescheinigung vorgelegt werden, aus der mit einiger Sicherheit zu ersehen ist, daß ein dringendes Bedürfnis vorliegt.

Um diesen Uebelständen nach Möglichkeit abzuhelfen, ist vom Kriegsministerium bereits vor einiger Zeit durch Vermittlung der Presse allgemein darauf hingewiesen worden, daß derartige Urlaubsgesuche im Interesse beschleunigter Erledigung unter Befügung einer Bescheinigung des Kreisamts darüber, daß eine entsprechende Arbeitskraft anderweitig nicht gewonnen werden kann, den zuständigen Kommandobehörden (Truppenteil, Generalkommandos oder stellvertretenden Generalkommandos) unmittelbar vorzulegen sind.

Die trotz dieser Bekanntmachung noch zahlreich beim Kriegsministerium einlaufenden Urlaubsgesuche und Klagen über Nichtgewährung von Ernte-Urlaub auch bei dringendem Bedürfnis lassen erkennen, daß viele Gemeindebehörden und weite Kreise der ländlichen Bevölkerung über die zur Einbringung der Ernte zu ergreifenden Maßnahmen nicht unterrichtet sind.

Im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, die gesamte Ernte schnell und vollständig einzubringen, und um die geschädigten Uebelstände zu beseitigen, ohne die in erster Linie vorangehenden militärischen Verhältnisse zu berühren, empfehlen wir Ihnen, die ländliche Bevölkerung im Sinne der vorstehenden Ausführungen aufzuklären und anzuweisen, daß bei Gefahr einer nicht rechtzeitigen Einbringung der Ernte entsprechende Gesuche bei Ihnen einzureichen sind, die Sie mit Bericht nach Fragebogen alsbald an uns einsenden wollen. Hierbei wollen Sie besonders angeben, welche Flächen noch nicht abgeerntet sind.

Die ländliche Bevölkerung ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Urlaubsgesuche im Interesse der Landwirtschaft, die unter Außerachtlassung des vorbezeichneten Weges den Truppenteilen unmittelbar zugestellt werden, nicht berücksichtigt werden können.

Wegen der Verwendung von Kriegsgefangenen ist die Landbevölkerung nochmals auf die vorteilhaften Bedingungen für Gefestellung von derartigen Kommandos sowie darauf aufmerksam zu machen, daß Gefahren mit der Beschäftigung von Gefangenen während der Ernte nach den bisherigen Beobachtungen nicht verknüpft sind.

Wir setzen hierbei voraus, daß es durch die Verwendung von Gefangenen und durch die Einrichtung des freiwilligen Hilfsdienstes möglich sein wird, Anträge auf Verurlaubung von Mannschaften auf die dringendsten Fälle zu beschränken.

Gießen, den 26. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Bereitung und den Verkauf von Backware und Mehl.

Nach Grund der §§ 48 ff., der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915, vom 28. Juni 1915, sowie unter Hinweis auf die entsprechenden Vorschriften der Bundesratsverordnung über die Bereitung von Backware in der Fassung der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 31. März 1915 (Kreisblatt Nr. 34 vom 16. April 1915) wird mit Zustimmung des Kreisamtschusses, sowie mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für die Landgemeinden des Kreises Gießen folgendes verordnet.

§ 1. Es dürfen nur Einheitsbrote gebacken und verkauft werden und zwar:

1. Roggenbrot mit einem Verkaufsgewicht von 2 und 4 Pfund. Zur Bereitung müssen auf 85 Teile Mehl mindestens 15 Teile Kartoffelsoden, Kartoffelmalzmehl oder Kartoffelstärke verwendet werden. Anstelle dieser Kartoffelpräparate können gequettete oder geriebene Kartoffeln im Verhältnis von 1 Teil Kartoffelsoden usw. gleich 3 Teilen Kartoffeln verwendet werden. Bis auf weiteres sind 30 Teile des Roggenmehls durch Weizenmehl zu ersetzen. Im übrigen muß das Brot den Bestimmungen der Bundesratsverordnung in der Fassung vom 31. März 1915 entsprechen.

Das Brot darf erst am zweiten Tage nach seiner Herstellung verkauft werden;

2. Weizenbrot (Brötchen) mit einem Verkaufsgewicht von 50 Gramm und bis auf weiteres mit höchstens 90 Prozent Weizenmehl und 10 Prozent Roggenmehl. Weizenmehl darf hierbei in einer Mischung verwendet werden, die weniger als 30 Gewichtsteile Roggenmehl und zwar herunter bis zu 10 Gewichtsteile Roggenmehl unter 100 Teilen des Gesamtgewichtes enthält; an Stelle des Roggenmehlsatzes dürfen auch Kartoffeln oder andere mehllartige Stoffe verwendet werden. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Bundesratsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1915.

Mit der Herstellung darf nicht vor 2 Uhr mittags begonnen werden. Der Verkauf ist erst am Tage nach der Herstellung zulässig;

3. Schrotbrot (Roggen- oder Weizenschrot) oder unter ähnlichen Bezeichnungen in den Handel gebrachte Backware mit einem Verkaufsgewicht von 50 bis 500 Gramm. Die Vorschrift der Nr. 2 Abs. 2 findet Anwendung.

§ 2. Das Verkaufsgewicht muß bei sämtlichen Broten 24 Stunden nach Fertigstellung vorhanden sein.

§ 3. Das Bereiten von Kuchen, mürbem Gebäck und sogen. Kreppeln unter Verwendung von Weizen-, Roggen-, Hafer- oder Gerstenmehl ist allgemein verboten.

Erlaubt ist:

1. die Herstellung von Zwieback;
2. die Herstellung von sonstigem Backwerk und von Konditorwaren dann, wenn die zur Herstellung verwendeten Stoffe höchstens zu 10 Teilen der Gewichtsmenge aus Mehl oder mehllartigen Stoffen bestehen, wenigstens 10 Teile Zucker zugesetzt werden und Hefe oder Sauerteig nicht verwendet wird;
3. das Bereiten von Kuchen an Samstagen für den privaten Haushalt; hierbei darf jedoch nicht mehr als die Hälfte des Gewichtes der verwendeten Mehle oder mehllartigen Stoffe aus Weizen bestehen.

§ 4. Die Abgabe von Brot und Mehl aus den Landgemeinden in den Bezirk der Stadt Gießen, aus einer Landgemeinde in eine andere sowie nach Orten außerhalb des Kreises Gießen, ist verboten. Ausgenommen von diesem Verbot ist die Abgabe von Mehl zum ausschließlichen Zweck der Brotbereitung in den Bezirk einer anderen Gemeinde dann, wenn das daraus erbackene Brot in die Gemeinde, aus der das Mehl stammt, zurückgeht.

§ 5. Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen können in besonderen Fällen von der unterzeichneten Behörde gestattet werden.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden nach § 57 der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Außerdem können nach § 58 daselbst von der unterzeichneten Behörde die Geschäfte geschlossen werden, deren Inhaber oder Betriebsleiter sich in Befolgung der ihnen nach dieser Verordnung obliegenden Pflichten unzuverlässig erweisen.

§ 7. Die vorstehenden Anordnungen treten mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten die Bestimmungen der Bekanntmachung in gleichem Betreff vom 25. März l. Js. (Kreisblatt Nr. 29 vom 26. März) und vom 24. März l. Js. betreffend die Bereitung von Backwaren (Gießener Anzeiger Nr. 71 vom 25. März 1915) außer Kraft. Die durch § 7 der erstgenannten Bekanntmachung außer Geltung gesetzten Vorschriften bleiben aufgehoben.

Gießen, den 23. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Wie oben.

An die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die vorstehende Bekanntmachung ist durch Aushang, sowie in sonst geeigneter Weise zur öffentlichen Kenntnis und zu Beruhigung der Interessenten zu bringen.

Gießen, den 23. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im Erntejahr 1915; hier: Die Selbstversorger.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Es wird hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß vorerst Erlaubnis an Selbstversorger zum weiteren Vermahlen von Brotgetreide zwecks Verbrauchs von Mitte September ab nicht erteilt werden darf. Es werden vielmehr im Hinblick auf die zwischenzeitlich eingetretene veränderte Rechtslage in aller Kürze neue Vorschriften für die Selbstversorger und zwar so bald erscheinen, daß sich diese die Brotgetreidemengen, die sie vom 1. d. Mts. verbrauchen dürfen, noch rechtzeitig ausmahlen lassen können.

Wir empfehlen Ihnen, die Selbstversorger und Müller hiervon in geeigneter Weise in Kenntnis zu setzen und bis auf weiteres unter keinen Umständen Mahlscheine auszustellen.

Gießen, den 26. August 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

with a telephone and a car.